

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 06/57. Jahrgang

Juni 2026

Schutzgebühr: 0,40 €

Schulstreik in Gießen: Die Stimmen der Jugend ernst nehmen

Die Schulstreiks in Gießen haben in den vergangenen Tagen viel Aufmerksamkeit ausgelöst. Schülerinnen und Schüler gingen auf die Straße, um gegen Aufrüstung, soziale Ungleichheit und Kürzungen im Bildungsbereich zu protestieren. Viele der Jugendlichen kritisieren, dass Milliarden in Militär und Waffen fließen, während Schulen marode bleiben, Lehrkräfte fehlen und die Zukunftsperspektiven junger Menschen immer unsicherer werden. Vor dem Hintergrund der aktuellen Kriege und der Diskussion um die sogenannte „Kriegstüchtigkeit“ Deutschlands sehen viele junge Menschen ihre Zukunft bedroht.

Statt sich ernsthaft mit diesen Forderungen auseinanderzusetzen, wurde schnell versucht, die



Schulstreik am 8.5. in Gießen

Proteste zu delegitimieren. Auffällig waren Vorwürfe, hinter den Streiks stünden DKP oder SDAJ und instrumentalisierten die Schülerinnen und Schüler. Solche Unterstellungen lenken vom Inhalt der Proteste ab. Denn unabhängig davon, welche Organisationen die Demonstrationen unterstützen: Die Unzufriedenheit vieler Jugendlicher ist real.

Schulstreiks haben historisch im-

mer eine wichtige Rolle gespielt. Ob gegen Krieg, Sozialabbau oder Umweltzerstörung – gesellschaftliche Veränderungen wurden oft auch durch den Druck junger Menschen angestoßen. Jugendliche spüren soziale Krisen früh: steigende Preise, Zukunftsängste, Leistungsdruck und die Gefahr weiterer Kriege. Dass sie da-

gegen protestieren, ist kein Skandal, sondern Ausdruck politischer Beteiligung.

Die Behauptung, Schülerinnen und Schüler seien „ferngesteuert“, wirkt dabei vor allem herablassend. Junge Menschen sind durchaus in der Lage, politische Positionen selbst zu entwickeln. Natürlich beteiligen sich politische Gruppen an

Fortsetzung auf S. 2

Uniklinikum: milde Gabe für Rhön-Konzern

Die Gießener Lokalpresse berichtete kürzlich, dass der Verein „Kinderherzen“ dem Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM) ein Spiroergometer im Wert von 48.000 Euro gespendet hat. Die Ärzte waren hocherfreut, da sie mit diesem Gerät bessere Diagnosen bei herzkranken Kindern stellen können. Das Gerät ist ein Fahrradergometer, mit dem

bei körperlicher Belastung verschiedene Parameter gemessen werden können. Das UKGM wird von dem privaten Konzern Rhön-Kliniken AG betrieben. Dieser Konzern hat vor einem Jahr bekannt gegeben, dass er einen jährlichen Gewinn von 110 Mio. Euro anstrebt. Die zum Konzern gehörenden Kliniken wurden

Fortsetzung auf S. 2

Kurz und Gießen:

Sportpolitik, Biber, Wohnungsleerstand, Mieterverein S. 3

DKP-Veranstaltungen S. 4

Kochs teures Erbe / Bis zum letzten Ukrainer S. 5

Buchempfehlung Stern ohne Himmel / Gefährlicher Drang nach Osten S. 6

Wahl in Ungarn S. 7

Für Frieden und Sozialismus!



Fortsetzung von Seite 1: **Schulstreik in Gießen: Die Stimmen der Jugend ernst nehmen**

Protesten – das gehört zu einer demokratischen Gesellschaft. Entscheidend ist aber, warum so viele Jugendliche bereit sind, die Schule zu verlassen und öffentlich zu demonstrieren.

Auch in Gießen zeigt sich: Viele junge Menschen wollen nicht länger nur Zuschauer politischer Entwicklungen sein. Sie wollen eine Zukunft ohne Krieg, soziale Unsicherheit und Perspektivlosigkeit.

Martina Lennartz

Linksextremismus

Wer die Schulstreiks in Hessen wirklich organisiert

Die Initiative "Schulstreik gegen Wehrpflicht" gibt vor, eine spontane Schülerbewegung zu sein. Eine Analyse der Akteure und Strukturen zeigt jedoch, dass die Deutsche Kommunistische Partei und ihre Jugendorganisation SDAJ maßgeblich auf das bundesweite Netzwerk einwirken.

hessenschau.de am 17.4.2026:

Der Versuch der Medien die Schulstreiks und DKP / SDAJ zu diskreditieren und die Schüler zu verängstigen.

Fortsetzung von Seite 1: **Uniklinikum: milde Gabe für Rhön-Konzern**

angewiesen, bei Verbrauchsmaterialien, Anschaffungen und Personal dazu beizutragen, dass dieser Gewinn realisiert werden kann. Wieso lässt sich ein Konzern mit so hohem Profit ein medizinisch sinnvolles Gerät von einem Hilfsverein

finanzieren? Wenn mit dieser Investition herzkranken Kindern besser geholfen werden kann, müsste es schon längst zum Inventar der Klinik gehören. Dem Vorstand der Rhön AG geht es vor allem um die Sicherstellung hoher Dividenden,

nicht um das Wohl der Patienten. Kliniken gehören in öffentliche Verantwortung, nicht in die Hände von privaten Investoren.

Gernot Linhart



Leserbrief: Muttertag und die geplante Wehrpflicht

Nach anfänglichen Versuchen setzte sich 1914 der Muttertag als nationaler Feiertag in den USA durch. Die Vorläufer dieses Feiertages waren in den USA durchaus politisch, darin richteten sich Mütter auch gegen das Verheizen ihrer Kinder in Kriegen.

Ganz anders in Deutschland: Hier wurde der Muttertag 1922/23 vom "Verband Deutscher Blumen-

händler" gegründet. Er war also von vornherein von ökonomischen Interessen der Blumenindustrie generiert. – Die Blumen als Geschenk für die Mütter!

Im deutschen Faschismus wurde der Muttertag bzw. das Muttersein zur Produktion von Soldaten für den 2. Weltkrieg missbraucht bzw. geehrt.

Dieses Jahr am 10. Mai war ein-

zig das ökonomische Interesse der Blumenindustrie am Kinderkriegen bzw. Mutterwerden geblieben. Die Kinder sollen wieder der Wehrpflicht unterzogen werden und für Kapital und Imperialismus in den Krieg ziehen, morden und ermordet werden. Dagegen war zum Muttertag kein Protest zu hören und zu sehen!

Uwe Moldenhauer

Lieferdienste: Gewerkschaft fordert direkte Einstellungen

Die Gewerkschaft NGG hat anlässlich des „Riders Day“, der Anfang Mai in Berlin stattfand, vor einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bei *Lieferando* gewarnt. Rund 100 Beschäftigte aus der IT-Abteilung in Berlin sollen ihren Arbeitsplatz verlieren.

Nach den Plänen des niederländischen Mutterkonzerns *Just Eat Takeaway* sollen Aufgaben künftig verstärkt durch Künstliche Intelligenz übernommen und in einem Shared Service Center (SSC) in Polen gebündelt werden.

NGG sieht ein grundlegendes

Problem der Branche: Plattformunternehmen lagerten Verantwortung aus und zwängen Beschäftigte in prekäre Arbeitsverhältnisse. Die Fahrerinnen und Fahrer sind immer mehr in unübersichtlichen Subunternehmerkonstruktionen beschäftigt, was unsichere Verträge, schlechte Arbeitsbedingungen bedeute.

Die NGG fordert ein gesetzliches Direktanstellungsgebot für die Lieferdienstbranche. Unternehmen wie *Lieferando* müssten verpflichtet werden, ihre Fahrerinnen und Fahrer direkt anzustellen, statt Verantwortung an Subunternehmen aus-

zulagern.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass diese Entwicklung auch Gießen treffen wird. *Lieferando* hat eine bundesweite Kehrtwende eingeleitet und trennt sich sukzessive von rund 2.000 eigenen Fahrerinnen und Fahrern, um die Logistik an „Flottenpartner“ (Subunternehmer) auszulagern.

Gießen bringt als mittelgroße Universitätsstadt genau die Kriterien mit, bei denen dieser radikale Wandel am schnellsten greift.

M.L.

Kurz und Gießen

Kall,
mei Drobbe!



Sport? Ankündigungspolitik!

Die „Herzessache“ des Oberbürgermeisters, die Gießener Sportentwicklung, hat einen großen Dämpfer bekommen. Der mit viel Öffentlichkeit und Gutachter-Honorar im August 2024 präsentierte 250-Seiten-Sportentwicklungsplan (angekündigt war er vom OB schon für 2023) fand keine gnädige Unterstützung der CDU/SPD-Bundesregierung. Das Teilprojekt „Waldstadion“ bekommt nicht die beantragten 2,8 Mio. Euro Zuschuss.

Wie desolat die Situation im deutschen Sport aussieht, verraten die Zahlen zum Sport-Förderpro-

gramm des Bundes: Es gab über 3.600 Anträge und einen Bedarf von 7,5 Milliarden Euro.

Gießen hat dringenden Nachholbedarf bei der Restauration maroder Sportstätten. Nur wenige im Stadtparlament fragen, wo die Milliarden aus den „Sonderschulden“ geblieben sind.

Und der Herr Oberbürgermeister wird den Antrag im Herbst wieder stellen. Das wurde angekündigt.

Sportvereine haben es schwer: fehlende Trainingsräume, fehlende Übungsleiter, Löcher in den vereinseigenen Wänden. Wenn aber

dann Löcher in den Finanzen auftreten, die durch politische Entscheidungen verursacht sind, wird es skandalös. Der MTV Gießen, 2.600 Mitglieder, wartet auf Geld. Zugesagte 50.000 Euro wurden noch nicht von der Hessischen Landesregierung überwiesen. Die Stadt Gießen hat auch Nachholbedarf bei der Kunstrasen-Finanzierung. Diese Löcher muss der Verein vorübergehend mit Mitgliedsbeiträgen und Spenden stopfen, die für andere Dinge gedacht sind.

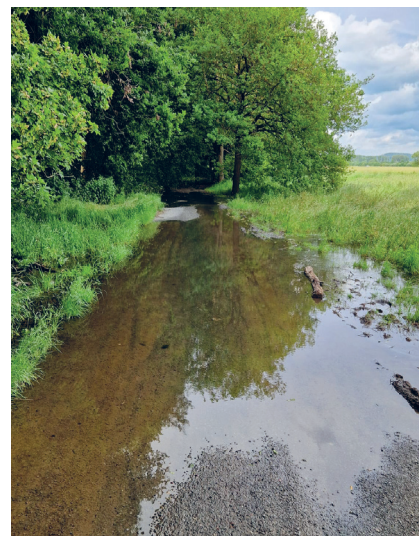
Biber im und am Weg

Zwei Biber machen unseren Behörden massiven Ärger. Der Fuß- und Radweg Martha-Mendel-Weg wurde durch Biber-Dämme überflutet und somit unpassierbar. Mehrere feste Dämme aus Ästen, Zweigen und Schlamm stauen die Wiesseck an.

Biber sind strengstens naturrechtlich geschützt. Das hält aber schnüffelnde und winselnde Hunde nicht davon ab, in den Hölzern des Biberbaus zu graben. Denn von der rückwärtigen Kleingartenseite wurden keine Warnhinweise oder Sperren vom Gartenamt aufgestellt, wie auf dem Hauptweg. Ob

die Vergraulung der Tiere auf diese Art der Lösungsweg ist?

Wir sind gespannt, ob dem Gartenamt etwas anderes einfällt, damit der Verbindungsweg zwischen den Stadtteilen wieder trockenen Fußes benutzbar wird.



Bei Ärger mit dem Vermieter hilft nur der Gießener Mieterverein

Als „Blendwerk“ bezeichnete der Gießener Mieterverein die von der Stadt neu eingerichtete „Mietkonflikthilfe“, die mit viel Presse-Tam-Tam an den Start ging. Die soll „niederschwellig“, d. h. auf niedrigster Eskalationsstufe Konflikte im Gespräch lösen. Der Mieterbund kommentierte diese städtische Politik: „Statt strukturell gegen Leerstand, Mietpreisüberhöhungen oder pro-

blematische Mietverhältnisse vorzugehen, entstehen neue Alibi-Aktionen und werden Nebelkerzen gezündet, damit man politisch behaupten kann, man sei aktiv“.

In Mietkonflikten müssen die Interessen der Mieterinnen und Mieter auf rechtlicher und politischer Ebene entschieden werden. Und das kann nur eine effektive Organisation stemmen, die eine Gegen-

kraft zur Immobilienmafia bildet und qualifizierte Rechtsberatung anbietet. Dem Mieterverein Gießen gehören rund 5.500 Familien aus Gießen und Umgebung an.

DMB DEUTSCHER MIETEBUND
MIETERVEREIN GIESSEN e.V.

Tel.: 0641 71235
mieterverein-giessen.de

40 Jahre Tschernobyl, 15 Jahre Fukushima



Am 22.4. veranstaltete das Wahlbündnis Gießen – sozial und friedienstüchtig (GSF) einen Vortrag im Rahmen der Kritischen Einführungswoche mit Gernot Linhart in der Sudetenlandstraße zum Thema „40 Jahre Tschernobyl, 15 Jahre Fukushima“. Die Veranstaltung war inhaltlich hervorragend, leider nur schwach besucht.

Gernot Linhart hat als Mitarbeiter einer Umweltbehörde hunderte Proben auf Radioaktivität untersucht.

Nachdem **Sozialdezernent F. A.** im Stadtparlament die historischen Worte tat: "Bei uns in Gießen gibt es keinen Wohnungsleerstand", spürte er, dass es in Gießen auch keinen öffentlichen **Toilettenleerstand** gibt. – **Denn es gibt keine öffentlichen Toiletten.**



Vormaifeier der DKP Gießen



... mit Kai Degenhardt und dem Chor der Solidarität am 29.4. im gut gefüllten Restaurant Chamäleon: kämpferische Reden, Musik und anschließend gute Diskussionen untereinander.

Kämpferisch und solidarisch: der 1. Mai in Gießen

Der diesjährige 1. Mai in Gießen zeigte eindrucksvoll, dass politische Proteste und solidarisches Miteinander weiterhin lebendig sind. Bereits am Vormittag versammelten sich zahlreiche Menschen in der Innenstadt, um gemeinsam auf die Straße zu gehen. Auffällig war der hohe Anteil junger Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Viele Schülerinnen, Studierende und Auszubildende beteiligten sich an der Demonstration und machten deutlich, dass soziale Fragen, Kriegspolitik und Zukunftsängste die junge Generation bewegen.

Die Stimmung während des Demonstrationzugs war kämpferisch, aber zugleich solidarisch und offen. Transparente gegen Aufrüstung, hohe Mieten und soziale Ungleichheit prägten das Bild. Immer wieder wurden Parolen für Frieden, bessere

Arbeitsbedingungen und internationale Solidarität angestimmt. Trotz ernster Themen herrschte eine positive Atmosphäre, die zeigte, wie wichtig gemeinsame Aktionen auch für das gesellschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühl sind.

Besonders stark wirkten die Redebeiträge auf der Kundgebung. Mehrere Sprecherinnen und Sprecher griffen aktuelle Probleme auf:

steigende Lebenshaltungskosten, unsichere Arbeitsverhältnisse und die zunehmende Militarisierung der Politik. Dabei wurde immer wieder betont, dass soziale Rechte erkämpft und verteidigt werden müssen. Die Reden verbanden Kritik an bestehenden Verhältnissen mit dem Aufruf zu Solidarität und gesellschaftlichem Engagement.

Der 1. Mai in Gießen war damit mehr als eine traditionelle Demonstration. Er zeigte, dass viele Menschen – gerade auch junge – bereit sind, sich politisch einzumischen und für ihre Interessen einzutreten. Die hohe Beteiligung und die gute Stimmung machten deutlich: Der Gedanke von Solidarität und gemeinschaftlichem Widerstand hat auch heute nichts von seiner Bedeutung verloren.

Martina Lennartz



Landesimmobilien: Kochs teures Erbe

Der damalige Ministerpräsident Roland Koch (CDU) ließ vor 20 Jahren 55 landeseigene Liegenschaften (Behördenzentren, Polizeistationen u.a.) verkaufen und gleich wieder für 30 Jahre mieten. Der Erlös betrug 2,1 Milliarden Euro. Wieviel Geld bei dieser Transaktion an Makler, Rechtsanwälte und Notare floss, ist nicht bekannt. In den Mietverträgen wurde festgelegt, dass alle Renovierungen und Sanierungen vom Land zu bezahlen sind. Bis 2025 sind 2,5 Milliarden Euro Mietkosten gezahlt worden, zusätzlich 202 Millionen Euro Sanierungskosten. Zehn Jahre Laufzeit stehen noch bevor. In dieser Zeit sind mindestens 260 Millionen Euro Sanierungskosten zu erwarten. Ein Teil der Immobilien wird vom Land nicht mehr

gebraucht, sie stehen leer. 2025 betragen die Mietkosten dafür 6,1 Millionen Euro. Die Regierungszeit dieses Ministerpräsidenten, der das Land wie einen Konzern führen wollte, kommt Hessen noch lange teuer zu stehen. Dass er auch Konzerne fast ruinieren kann, hat Koch nach seinem Rücktritt vom Regierungamt gezeigt. Als Vorstandsvorsitzender des Baukonzerns Bilfinger und Berger in Mannheim wurde er nach kurzer Zeit wegen Unfähigkeit entlassen. Jeder Normalbürger mit dieser Leistungsbilanz müsste sich beim Jobcenter anstellen. Koch dagegen genießt in seinen Kreisen noch Ansehen und wird mit Aufgaben wie Schlichter bei Tarifverhandlungen betraut.

Gernot Linhart



Bis zum letzten Ukrainer

Der deutsche Imperialismus hat bisher zwei Weltkriege geführt, um seinen Plan, einen großeuropäischen Wirtschaftsraum unter deutscher Führung zu etablieren.

Schon zu Zeiten des Kalten Krieges war die enge Kooperation zwischen BRD und UdSSR im Energiesektor den USA ein Dorn im Auge. Die zwischenimperialistischen Konflikte blieben jedoch im Rahmen des Kalten Krieges eingebettet. Der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers nach 1989/90 brachte die Vereinigung der beiden deutschen

Staaten mit sich. Dadurch verschärfen sich die Auseinandersetzungen zwischen den USA und der europäischen Führungsmacht BRD.

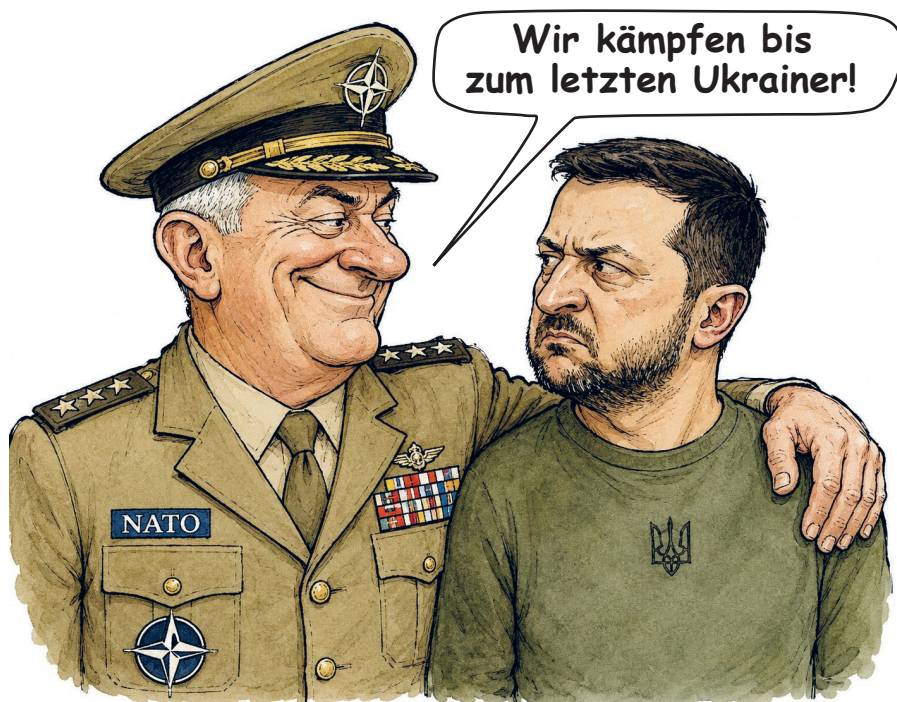
Die BRD entwickelte eine zunehmend eigenständige Politik gegenüber den USA. Höhepunkte waren Geheimverhandlungen des BND mit der kolumbianischen Guerilla FARC (1996) an den USA vorbei, sowie die Weigerung der BRD, sich am zweiten Golfkrieg (2003) gegen den Irak zu beteiligen. Ab diesem Zeitpunkt versuchten die USA verstärkt, die deutschen Eliten auf ihre

Interessen auszurichten. Die dann folgende scheinbar widerstandslose Bereitschaft der deutschen herrschenden Klasse, sich den Interessen der USA unterzuordnen, resultierte nicht nur aus Unterwanderung, sondern war auch eine Folge des Aufstiegs Chinas.

Die deutschen Eliten erkannten, dass Deutschland und Europa zu klein waren, um mit China weltweit zu konkurrieren. Die BRD war sogar bereit, eine Grundlage ihrer industriellen Entwicklung – billige russische Energie – zu opfern. Die Interessen des deutschen Imperialismus sind jedoch nicht verschwunden. Deutschland will den Krieg in der Ukraine nicht nur weiterführen, sondern ihn sogar verschärfen. Die Ukraine könnte in ein deutsches beziehungsweise europäisches Protektorat umgewandelt werden. Besonders die Arbeitskräfte und Rohstoffe der Ukraine sind für die BRD interessant. Die aktuelle Erweiterung des Sicherheitsabkommens (2024) ist Ausdruck dessen.

Die zunehmende Orientierung der USA auf Asien und den Nahen Osten gibt der BRD die Möglichkeit, ihre Führungsrolle in Europa auszuweiten. Die Grundlage dafür ist der Aufbau der größten konventionellen Armee Europas.

Henning Mächerle



Die erschreckende Aktualität von *Stern ohne Himmel*

Auf dem Pfingstcamp der SDAJ wühlte ich im Antiquariat und kaufte den Jugendroman *Stern ohne Himmel* (Leonie Ossowski, 1958). Es dauerte wenige Stunden, und ich hatte es ausgelesen. So faszinierte es mich. Ich wünschte mir, dass viele nachempfinden können, wie aktuell das Buch heute noch ist.

Fast sieben Jahrzehnte nach seinem Erscheinen hat das Werk der Schriftstellerin nichts von seiner Wirkung verloren. Der Roman erzählt von den letzten Tagen des Faschismus in Deutschland. Im Mittelpunkt stehen vier Jugendliche, die in den Ruinen einer Stadt einem jüdischen Jungen begegnen, welcher aus einem Konzentrationslager fliehen konnte. Zwischen Bombenkrieg, Angst und nationalsozialistischer Indoktrination müssen die Jugendlichen entscheiden, ob sie weiter gegen Ungerechtigkeit schweigen oder Menschlichkeit zeigen.

Die Stärke der Erzählung liegt in ihrer Ehrlichkeit. Ossowski zeigt den Faschismus als gesellschaftliche

Realität, die Denken, Sprache und Beziehungen vergiftet. Die Jugendlichen handeln oft widersprüchlich, geprägt von Angst, Opportunismus und der Erziehung im „Dritten Reich“. Dadurch wirken die Figuren glaubwürdig. Der Roman zeigt auf, wie leicht Menschen unter autoritären Verhältnissen abstumpfen, und wie schwer es ist, Solidarität gegen gesellschaftlichen Druck zu verteidigen.

In einer Zeit, in der rechte Bewegungen europaweit erstarken, antisemitische Vorfälle zunehmen und nationalistisches Denken wieder offensiv vertreten wird, wirkt *Stern ohne Himmel* erschreckend gegenwärtig. Die Mechanismen, die Ossowski beschreibt – Feindbilder, Hetze, Ausgrenzung und die Gewöhnung an Gewalt –, begegnen uns heute wieder in politischen Debatten und sozialen Medien. Das Buch erinnert daran, dass Faschismus nicht plötzlich entsteht, sondern aus gesellschaftlicher Verrohung und Gleichgültigkeit wächst.

Deshalb bleibt der Roman wichtig, besonders für junge Leserinnen und Leser. Er vermittelt Geschichte über menschliche Erfahrungen und moralische Entscheidungen. Die zentrale Frage lautet nicht nur, was damals geschah, sondern auch, wie Menschen heute handeln würden. Ossowskis Roman ist aber weit mehr als Schullektüre: Er ist eine eindringliche Mahnung gegen Faschismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit – und leider aktueller denn je.

Martina Lennartz



Stern ohne Himmel: der Buxtehuder Bulle-Jugendbuchpreis (Youth Book Award) - Der Preisträger 1978

Gefährlicher Drang nach Osten

Dem eurasischen Kontinent ist im Westen eine von mehreren Völkern bewohnte, zerklüftete Halbinsel vorgelagert. Seit etwa 500 Jahren drängt es etwa alle 100 Jahre die Herrscher der Länder dieser Halbinsel dazu, gegen die Bewohner der östlichen weiten Ebenen in den Krieg zu ziehen. 1610 kam die Armee des Königreiches Polen/Litauen bis nach Moskau. Erst 1667 wurde sie endgültig vertrieben, ihr

Reich zerfiel. Am Ende desselben Jahrhunderts zog es die nach dem 30-jährigen Krieg stark gewordenen Schweden nach Russland, sie scheiterten. Etwas mehr als 100 Jahre später war es der sieggewohnte Kaiser Napoleon, der mit 500.000 Soldaten aus vielen Ländern Westeuropas bis nach Moskau

kam. Dort fand er eine brennende Stadt und niemanden, mit dem er verhandeln konnte. Der schwierige Rückzug mit verlustreichen Gefechten läutete das Ende seines Kaisertums ein. Ein Jahrhundert später folgte der deutsche Kaiser Wilhelm II, der mit der Lüge „Mitten im Frieden überfällt uns der Feind, deswegen – auf zu den Waffen“ seine Armee gen Osten schickte. Er verlor Krieg und Krone. Nur 25

Jahre später versuchte es Hitler. Das Ende ist bekannt. Jetzt nach weiteren 80 Jahren soll Deutschland wieder kriegstüchtig werden und die konventionell stärkste Armee Europas besitzen. Angeblich soll die Aufrüstung nur der Abschreckung dienen, aber so wurden Kriegsvorbereitungen schon immer

begründet.

„Frieden durch Abschreckung“ – so lautet die Ausrede für immer mehr Waffen und Soldaten. Diese Denkweise hat einen fundamentalen Fehler: Der Gegner denkt genauso. Wer zum Feind erklärt wird (CDU-Linnemann: „Russland wird für immer unser Feind bleiben“) wird auf jeden Aufrüstungsschritt der Gegenseite mit eigenen Maßnahmen reagieren. Russland hat auf Grund der oben beschriebenen historischen Erfahrungen allen Anlass, dem Westen zu misstrauen. Nur Rüstungskontrolle und Abrüstung können der Gefahr gegenseitiger Vernichtung entgegenwirken. Moralisieren, Feindbilder, Emotionen sind die Schmierstoffe für die Kriegsmaschine. Abrüstung und Kooperation kosten viel weniger und ersparen der Bevölkerung eine Politik nach der Parole „Kanonen statt Butter“.

Gernot Linhart

Quellen: Stefan Heidenreich, *junge welt*, 24.4.26 und Beate Landefeld, *Marxistische Blätter* Nr.2/26.





Irgendwo im Mittelmeer

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP
Gießen; verantwortl.: Gernot Linhart,
erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im
Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN:
DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel
geben nicht unbedingt die Mei-
nung des Redaktionskollektivs
des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe
an: Gießener Echo / DKP Gießen
Postfach 110340, 35348 Gießen
oder E-Mail: giessen@dkp.de
Internet: www.giessen.dkp.de

Wahl in Ungarn und jetzt?

Nach 16 Jahren endete in Ungarn die Ära Orbán. Die Tisza-Partei von Péter Magyar verfügt jetzt über die absolute Mehrheit der Mandate. Die Wahlbeteiligung lag bei 79,56 %. Im Parlament sind nur rechte Parteien vertreten: Tisza-Partei (52,78 %), Fidesz (38,06 %) und Mi Hazánk Mozgalom – Faschisten (5,67 %).

Péter Magyar kommt selbst aus der Fidesz. Im April 2024 wurde er stellvertretender Vorsitzender der 2021 gegründeten Partei Tisza. Politisch unterscheiden sich die beiden Parteien vor allem in ihrer Stellung zum EU-Kapital. Ungarn fungiert seit 1989 als „verlängerte Werkbank“ der deutschen Industrie. Die deutsche Industrie ist mit Abstand der wichtigste Handelspartner und

größte Investor.

Die Folgen der Finanzkrise 2008, der Coronakrise und generell der Krise des Kapitalismus trafen Länder wie Ungarn besonders stark. Um dieser Krise zu begegnen, betrieb das Land eine Balancepolitik zwischen der EU und Moskau. Die Verarmung der Bevölkerung war nicht in erster Linie ein Produkt der um sich greifenden Korruption. Diese war vielmehr ein Produkt der Lage Ungarns im kapitalistischen Weltsystem. Die Bevölkerung nahm jedoch vor allem die Korruption des Fidesz-Systems als Ursache ihrer Lage wahr. Die engeren Bindungen an die EU und die in Aussicht gestellten Finanzhilfen bewirkten einen Schwenk innerhalb der herr-

schenden Klasse.

Folgende Kapitalfraktionen unterstützen Magyar: die exportorientierte Industrie, westlich integrierte Finanzkreise, urbanes Unternehmertum und multinationale Managementnetzwerke.

Péter Magyar wird versuchen, die sich vertiefende Wirtschaftskrise zu bewältigen und gleichzeitig den in ideologischer Hinsicht moderat konservativen, liberalen und finanzkapitalistischen Teil seines Lagers sowie vor allem das unmittelbare Umfeld seiner Partei zufriedenzustellen.

Die engere Bindung an die EU wird die wirtschaftliche Krise Ungarn verstärken. Gut ausgebildete Ungarn werden das Land verlassen.

Henning Mächerle

DKP

**Frieden mit Russland
Raus aus der NATO!**

DKP

Angst vor Russland schwindet

Die Angst der Deutschen vor einem russischen Überfall nimmt ab. Das geht aus einer Umfrage hervor, die von der „Bild am Sonntag“ in Auftrag gegeben wurde. Nur noch **38%** der Befragten machten sich demnach **Sorgen über einen möglichen**

Angriff Russlands auf Deutschland. Jeder und jede Zweite seien hingegen unbesorgt. In einer INSA-Umfrage vom September des vergangenen Jahres hatten noch 52% der Befragten Ängste vor einem russischen Angriff geäußert.

Für die Umfrage befragte das Meinungsforschungsinstitut INSA nach eigenen Angaben 1.005 Personen im Zeitraum vom 21. bis zum 22. Mai 2026.



Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de

Sa. 6.6. ab 10:30 Uhr:
Infostand DKP Gießen – Kugelbrunnen

Di. 9.6. um 18 Uhr:
Treffen GSF – Ort bitte erfragen

Mi. 10.6. ab 17:30 Uhr:
Beratung zur Kriegsdienstverweigerung vom Friedensnetzwerk – Sudetenlandstr. 1

Do. 11.6. um 19 Uhr:
Bundeswehr: Wiederbewaffnung & Kriegstüchtigkeit; AK Antimilitarismus – Anschlussverwendung, Grünberger Str. 22

Sa. 13.6. ab 12 Uhr:
Demonstration beim friedlichen Hessentag – Fulda Vorplatz des Hauptbahnhofs
www.friedlicher-hessentag.de

Fr. 19.6.:
Redaktionsschluss Juli-Echo

Di. 23.6. um 19 Uhr:
Gruppenabend DKP Gießen mit Wolfgang Trunk zum Thema Imperialismus – Kaschemme, Sudetenlandstr. 1

Mi. 24.6. um 17:30 Uhr:
Beratung zur Kriegsdienstverweigerung vom Friedensnetzwerk – Sudetenlandstr. 1

Fr. 26.6. um 19 Uhr:



Die EU und Russland – kein Friede in Sicht; Hintergründe und Analyse des aktuellen Konflikts;

mit **Reinhard Lauterbach** – Pitta Gyros Grill, Neuen Bäume 8

Sa. 4.7. ab 10:30 Uhr:
Infostand DKP Gießen – Kugelbrunnen

Sa. 15.8. ab 15 Uhr:
Sommerfest der DKP Gießen: Mit den **Roten** im **Grünen** feiern – Grillhütte Buseck

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** war die Brücke der Klinikstraße zwischen Lahnstraße und Frankfurter Straße schon seit einem halben Jahr gesperrt. Nicht mal die für Abriss und Neubau notwendigen Vermessungsarbeiten waren abgeschlossen. Die Umleitung durch die Innenstadt führte immer wieder zu Staus. Das Gießener Bauamt hatte keine Eile die Arbeiten zu beschleunigen.



Vor **40 Jahren** begrüßte die Arbeitsloseninitiative die geplante Einführung „Gießen-Pass“. Mit diesem Pass sollten Arbeitslose und andere Bedürftige eine Ermäßigung von 75% bei Busfahrten und anderen städtischen Dienstleistungen bekommen. Zur gleichen Zeit trat die erste Gießener Frauenbeauftragte ihr Amt an. Für ein paar Jahre sah es so aus, als könnte es Fortschritte in der Stadt geben.



Vor **30 Jahren** wurde der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz aufgrund von Sparmaßnahmen einmal mehr vertagt. Auch eine Erhöhung des Kindergeldes wurde auf später verschoben. Es gab zu

wenig Kindertagesstätten und Kinderkrippen, die Gruppen in den Einrichtungen waren zu groß. Gleichzeitig beklagten Politiker den Rückgang der Geburtenrate.



Vor **20 Jahren** gab es in Gießen eine große Demonstration mit dem Thema „Bildung für alle – und zwar umsonst“. Das Land Hessen, mit Roland Koch als Ministerpräsident, wollte eine Studiengebühr von 500 Euro pro Semester einführen. Gegen diese Studiengebühr gab es im Stadtparlament einen Antrag der SPD, damals in der Opposition. CDU, FDP und Grüne bildeten die Regierungskoalition. Auch die Grünen lehnten den Antrag ab, nur zwei Studenten stimmten gegen ihre Fraktion.



Vor **10 Jahren** war weiterhin der Wohnungsmangel in der Stadt ein Thema. Bis 2020 wären 2.000 neue Wohnungen nötig gewesen, von der Wohnbau geplant wurden etwa 100. Gleichzeitig verbuchte die Wohnbau einen Gewinn von 2,4 Mio. Euro, ein großer Teil davon wurde an die Stadtkasse abgeführt.

Wo bleiben die Milliarden? Geld für uns statt für Panzer und Drohnen!



AK Antimilitarismus

Do. 11. Juni
BUNDESWEHR
Wiederbewaffnung & Kriegstüchtigkeit

WO? Anschlussverwendung
Grünberger Str. 22

WANN? 19:00

ARAG @arag_antifa

UZ-Friedenstage
Berlin 2026 Franz-Mehring-Platz 1
28. – 30. August

Das Fest des Friedens und der Solidarität

Gemeinsam kämpfen – gemeinsam feiern!

SAVE THE DATE!

Mach mit! Werde Mitglied in der **DKP oder **SDAJ****